
Arbeitskreis Energie

An den
Landrat des Kreises Düren *Herrn Wolfgang Spelthahn*
mit der Bitte um Weiterleitung an die Fraktionen des Kreistages

Bürgeranregung

gemäß § 24 Abs.1 GO NRW bzw. § 21 Kreisordnung

Biogas für den Kreis Düren – für eine sozial- und naturverträgliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe in unserer Region

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir regen an, der Kreistag möge eine Potenzialstudie zur sozial- und naturverträglichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe in unserer Region veranlassen und diesen Bereich mit Hilfe der Wirtschaftsförderung, GWS (z.B. durch Investitionsfonds), der regionalen Kreditwirtschaft (z.B. durch Sonderkreditprogramme) und den Verbänden der bäuerlichen Landwirtschaft als zukunftsweises Entwicklungsfeld des Kreises Düren erschließen.

Begründung

Die Menschen in unserer Region leisten seit Jahrzehnten einen enormen Beitrag für die Energieversorgung unseres Landes. Sie bezahlen dafür mit der Zerstörung ihrer Dörfer und mit höheren Gesundheitsrisiken. Die notwendige Umgestaltung unserer Energieversorgung auf regenerative Quellen birgt enorme Chancen aber auch Risiken für Mensch und Natur.

Damit wir nicht erneut durch langfristige wirkende Fehlentwicklungen belastet werden, bedarf es einer koordinierenden Planung.

Unsensible Planungen erzeugen Widerspruch

Die jüngsten Schlagzeilen der regionalen Presse zeugen bereits vom Unmut in der Bevölkerung über tatsächliche oder vermeintliche Fehlplanungen.

Kaum läuft das erste „Kraftwerk nach Kuhmagen-Prinzip“ (Biogasanlage in Nörvenich-Hochkirchen) im Kreis Düren erfolgreich, da stößt der SWD wg. seiner Biogas-Planungen in Hoven auf Widerstand.

Die STAWAG eckt in Nörvenich wg. ihres ungenehmigten Maiszwischenlagers an.

In Huchem-Stammeln fürchten die Bürger einen „neuen Stinker“ durch die Biogasanlage des EWV.

Skepsis bedarf der Information.

Chancen Nutzen

Wer die Chancen Nutzen will, muss Maßstäbe für eine sozial- und umweltverträgliche Entwicklung im Kreis Düren erarbeiten.

Zielkonflikte lösen

Der Zielkonflikt zwischen Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Naturschutz ist lösbar. Bioenergie, ausreichend Nahrungsmittel und ein vielfältiger Artenschutz sind möglich, wenn die Weichen richtig gestellt werden.

Großanlagen, deren Dimensionierung auf reine Gewinnmaximierung ausgelegt sind, stoßen bei den Bürgern mit Recht wg. der unzähligen LKW-Transporte auf dörflichen Zufahrtswegen auf Widerstand.

Sozial- und umweltverträgliche Größen sicherstellen

Daher ist es sinnvoll sozial- und umweltverträgliche Größen von Biogasanlagen zu definieren, die unnötige umweltschädliche Transporte und Maismonokulturen mit ihren negativen Folgen für die Artenvielfalt und das Grundwasser weitestgehend zu vermeiden.

Ethische Bedenken ernst nehmen

Ethische Bedenken kirchlich orientierter Bürger mit ihrer Forderung nach Vorrang der Nahrungsmittelproduktion sind ernst zu nehmen und am ehesten durch dezentrale Anlagen in der Hand der bäuerlichen Landwirtschaft zu erreichen, die schon von ihrer Struktur die Flächenkonkurrenz vermeiden und durch gemeinsamen Anbau von Nahrungs- und Energiepflanzen, Ganzpflanzen- und Restpflanzennutzung diesen Zielkonflikt vermeiden.

Es ist anzustreben, zukünftig die Belästigung der Menschen beim Austrag von Gülle, Festmist und Hühnerkot durch die flächendeckende Vorbehandlung in Biogasanlagen zu vermeiden. Eine Fliegenplage wie in Frauwüllesheim wäre dann undenkbar.

Wir brauchen die Bioenergie für eine Entwicklung zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Biogasanlagen sind dabei der effizienteste Ansatz, sofern neben der Stromproduktion eine sinnvolle ganzjährige Wärmenutzung sichergestellt ist.

Dezentrale Anlagen in der Hand der Landwirte müssen das Ziel sein, auch um die Wertschöpfung in der Region zu belassen. Das Bedarf der Unterstützung, Planung und bewussten Gestaltung.

Wir fordern die Landwirte auf: „Lassen Sie sich nicht die Butter vom Brot nehmen.“

Die Umweltverbände im Arbeitskreis „Energie“ fordern unsere Mandatsträger im Kreistag auf, sich um der Menschen Willen für einen sozial- und umweltverträglichen Ausbau von Biogasanlagen in der Hand der bäuerlichen Landwirtschaft einzusetzen und dieses Politikfeld in diesem Sinne aktiv zu gestalten.

Wirtschaftsförderung (GWS) und die regionale Kreditwirtschaft müssen angeregt werden, sich Ihrer Verantwortung für eine Nachhaltige Entwicklung im Kreis Düren zu stellen.

BUND Kreisgruppe Düren

AK „Energie“ BUND Inden/Langerwehe und LUNA